

# Scrap the GAP

Warum ein Neustart der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nötig ist



# „Der vorliegende GAP-Entwurf gehört in die Tonne.“

Lasse van Aken (Landwirtschaftsexperte von Greenpeace)



Gülle aus industrieller Tierhaltung



Ökologischer Gemüseanbau in Deutschland

## Politischer Hintergrund

Seit 2018 wird in Berlin und Brüssel über einen Vorschlag zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) diskutiert. Vorgelegt hat ihn die vorige EU-Kommission, die im Herbst 2019 abgelöst wurde. Sie entschied sich, am alten Verteilungsprinzip festzuhalten, bei dem die landwirtschaftlichen Betriebe mit den größten Flächen von den höchsten Subventionen profitieren. Doch es ist mittlerweile offensichtlich, dass diese ungezielte Verteilung von Steuergeldern kontraproduktiv für den Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft ist und den ländlichen Raum mit seinen über Jahrhunderten gewachsenen Strukturen zerstört. Der in die Jahre gekommene Reformvorschlag ist überdies weder mit dem Green Deal noch der Farm-to-Fork-Strategie der neuen Kommission unter Ursula von der Leyen in Einklang zu bringen.

## Die Mängel im Reformentwurf

### Fehlender Klimaschutz

Der Kommissionsvorschlag zur GAP-Reform enthält hinsichtlich Klimaschutz nur unverbindliche Prosa. Die pauschale Vorgabe darin lautet, dass 40 Prozent der Fördermittel zum Erreichen der europäischen Klimaziele eingesetzt werden sollen. Der Reformentwurf sieht dazu aber keine einzige praktische Maßnahme vor. Die alte Kommission hat versäumt, konkrete Ziele zur CO<sub>2</sub>-Reduktion vorzugeben.

Diese pauschale Vorgabe führt dazu, dass Subventionen für klimaschädliche Produktionsformen in beträchtlichem Umfang als Investitionen in den Klimaschutz verbucht werden. Der Europäische Rechnungshof hat bereits festgestellt, dass „die Einschätzung der Kommission, was den Beitrag der GAP zu den Klimaschutzziele angeht, [...] unrealistisch (erscheint)“.<sup>1</sup>

Mit Blick auf die Klimaziele werden weitgehende Veränderungen in der europäischen Landwirtschaft notwendig sein. Dazu gehört auch, die Überproduktion von klimaschädlichen Fleisch- und Milchprodukten abzubauen und die Märkte ins Gleichgewicht zu bringen. Eine Neustrukturierung der GAP ist daher unvermeidlich. Die GAP-Reform muss die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben an konkrete Klimaschutzmaßnahmen und -ziele knüpfen. Nur wenn öffentliche Mittel gezielt und wirksam eingesetzt werden, können wir die Klimaziele erreichen.

### Unfaire Wettbewerbsvorteile

Die vorherige Kommission hat lediglich vage und schwache Vorgaben für die sogenannte „Grüne Architektur“ gemacht. Den Mitgliedsstaaten wird dabei ein großer Gestaltungsspielraum eingeräumt. Es ist abzusehen, dass einzelne Länder diesen Spielraum nutzen würden, um ihren landwirtschaftlichen Betrieben Wettbewerbsvorteile mit einem möglichst einfachen Zugang zu den Subventionen zu verschaffen. Damit droht ein Unterbietungswettbewerb mit den niedrigsten Standards, der zu Lasten der Umwelt geht.

Deshalb muss es bei der finanziellen Förderung von Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt oder von Wasser und Böden europaweit verbindliche Regeln und Bedingungen für die Vergabe der milliardenschweren Fördermittel geben. Nur mit verlässlichen und ambitionierten Rahmenbedingungen, die einen Dumping-Wettbewerb ausschließen, wirken die Anreize der Agrarförderung für landwirtschaftliche Betriebe, gesellschaftlich erwünschte Leistungen zum Schutz der Umwelt und zum Erhalt der Biodiversität umzusetzen. Der GAP-Vorschlag der alten Kommission stellt dies in keiner Weise sicher und fördert so die Industrialisierung der Landwirtschaft, die keine Zukunft hat.



Bio-Lebensmittel ohne Pestizide

### Benachteiligung der bäuerlichen Landwirtschaft

Die GAP verfehlt seit Jahren ihre selbst gesetzten, schwachen Ziele zum Schutz der Umwelt und des ländlichen Raums. Auch der Reformvorschlag der alten Kommission ändert nichts an dieser Fehlkonstruktion. Das Förderprinzip der GAP-Subventionen ist nicht nur umweltschädlich, sondern auch höchst ungerecht. In Deutschland teilen lediglich sechs Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe jedes Jahr über zwei Milliarden Euro unter sich auf. Das ist fast die Hälfte der Direktzahlungen. Die große Mehrheit der Landwirt\*innen erhält einen Bruchteil davon. Kleinere Betriebe, die strukturbedingt eher dazu beitragen, den Ausstoß von Klimagasen zu senken oder das Artensterben zu stoppen, erhalten keine angemessene finanzielle Entlohnung.

Entscheidend für die Höhe der Subventionen ist, wieviel Land sie besitzen. Entsprechend gering ist der Anreiz für Betriebe, ihre Produktionsweise anzupassen. Allein in Deutschland werden 4,8 Milliarden Euro nach Größe der Betriebe ausgezahlt – weitgehend unabhängig davon, wie diese Fläche bewirtschaftet wird. Dieses Subventionssystem, das die Großen belohnt, hat zu einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb geführt. Wer nicht mithalten kann, muss den Hof aufgeben. Wachsen oder weichen lautet die Devise. In Deutschland geben im Schnitt rund 4000 landwirtschaftliche Betriebe auf. Stattdessen kaufen Investoren Land im großen Stil auf.

Im Rahmen der GAP fließen Steuergelder, um eine scheinbare internationale Wettbewerbsfähigkeit herzustellen, die nur hoch subventionierte Großbetriebe erreichen können. Statt dieser kostspieligen und irreführenden Weltmarkt-orientierung brauchen kleine und mittlere Betriebe eine echte Perspektive, die eine gezielte Förderung nach dem Prinzip "Öffentliches Geld für gesellschaftlich erwünschte Leistungen" bieten kann.

### Krisenanfällig und nicht zukunftsfähig

Die Landwirtschaft muss sich von jeher mit Krisen auseinandersetzen; sei es die Afrikanische Schweinepest oder die Dürre als Folge der Klimakrise. Doch statt die Vielfalt der Landwirtschaft zu stärken und sie durch Diversifizierung krisenfester zu machen, werden große Betriebe gefördert, die auf riesigen Flächen Monokulturen anlegen, um mit wenig Aufwand viel zu produzieren. Diese Spezialisierung ist jedoch sehr krisenanfällig, da der Ausfall einer Ackerfrucht nicht – wie bei breiter aufgestellten Betrieben – aufgefangen werden kann.

Wir brauchen deshalb eine zukunftsfähige GAP, die unsere Versorgung mit gesunden Lebensmitteln sichert, statt mit Steuergeldern nur Subventionen zu finanzieren, um immer mehr immer billiger für den Export zu produzieren. Wir brauchen eine neue Agrarpolitik in der EU, mit klaren Konzepten und zielgerichteten, einkommenswirksamen Anreizen, um eine ökonomisch wie ökologisch nachhaltige Landwirtschaft zu gestalten.

## Greenpeace-Forderungen

**Der derzeitige Reformvorschlag gehört in die Tonne. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU braucht einen kompletten Neustart:**

- ▶ **Sie muss konsequent darauf ausgerichtet sein, eine zukunftsfähige und krisenfesteste Landwirtschaft zu fördern.**
- ▶ **GAP-Subventionen müssen gezielt eingesetzt werden, damit die EU ihre Klima- und Umweltschutzziele erreichen kann.**
- ▶ **Die Subventionen müssen an konkrete Vorgaben gebunden sein. Wenn Landwirt\*innen Maßnahmen wie den Schutz von Boden, Klima und Wasser umsetzen, muss dies einkommenswirksam gefördert werden.**
- ▶ **Die GAP muss die Überproduktion von Fleisch- und Milchprodukten begrenzen.**

## Für eine echte Agrarwende

**Greenpeace kämpft für:**

- ▶ **eine klima-, umwelt- und tierschonende Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion,**
- ▶ **faire Preise für Erzeugerinnen und Erzeuger**
- ▶ **und eine zeitgemäße Fördermittelpolitik, die Betriebe bei der Umstellung auf eine ökologisierte Landwirtschaft unterstützt.**

[www.greenpeace.de/landwirtschaft](http://www.greenpeace.de/landwirtschaft)

1 Europäischer Rechnungshof (2018) Pressemitteilung 07.11. 2018. Pläne für die nächste GAP sollten umweltfreundlicher und konsequent leistungsgestützt sein und zudem die Rechenschaftspflicht stärker in den Fokus stellen.  
[https://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1811\\_07/INOP18\\_07\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1811_07/INOP18_07_DE.pdf)



## ➔ **Kein Geld von Industrie und Staat**

**Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Mehr als 600.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.**

---

**Impressum** Greenpeace e. V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0; Politische Vertretung Berlin: Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99 - 0  
**Vi.S.d.P.** Lasse van Aken **Fotos** Lucas Wahl, Bente Stachowske, Bence Jardany alle Greenpeace **Druck** Druckerei Zollenspieker, Zollenspieker Hauptdeich 54, 21037 Hamburg;  
gedruckt auf 100%-Recyclingpapier **Stand** 05/2020;

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende: GLS Gemeinschaftsbank eG, IBAN DE49 43060967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS